

sich dadurch verstärkte Kontakte mit und Investitionen von ausländischen Juden. Der letztere Grund scheint auch für die örtliche Regierung in Kaifeng attraktiv zu sein; jedenfalls unterstützt diese das Begehren der Juden. So soll in Kaifeng bereits die Gründung einer Wirtschaftsentwicklungszone für Auslandsjuden gebilligt worden sein. Die Staatliche Nationalitätenkommission hingegen weigert sich bislang, dem Begehren stattzugeben. Ihrer Ansicht nach gibt es keine hinreichenden Beweise dafür, daß Juden eine nationale Minderheit in China darstellen. (Vgl. Zhongguo Xinwen She, Beijing, 3.1.95, nach SWB, 9.1.95) -st-

*(20)

Bevölkerungspolitik: 1,2-Mrd.-Marke erreicht

Offiziellen Angaben des Statistischen Amtes und der Staatlichen Familienplanungskommission zufolge wird die Bevölkerungsziffer in China Mitte Februar 1995 einen Stand von 1,2 Mrd. erreichen. Nach der Planung der Regierung aus den achtziger Jahren sollte dieser Stand eigentlich erst im Jahre 2000 erreicht werden. Dieser Plan wurde jedoch Anfang der neunziger Jahre revidiert; nun will man die Bevölkerung bis 2000 nicht über 1,3 Mrd. anwachsen lassen. Die Familienplanungskommission hat für die Jahre 1995-2000 ein nationales Programm ausgearbeitet, das in Kürze veröffentlicht werden soll und eine jährliche Wachstumsrate von 10 Promille vorsieht. Das Programm soll die Wege für die Bevölkerungsplanung des nächsten Jahrhunderts ebnet. Geplant ist bis zum Jahre 2010 eine Bevölkerung von 1,4 Mrd. und bis zur Mitte des nächsten Jh. von 1,5 bis 1,6 Mrd. (RMRB, GMRB, XNA, 19.1.95)

Chinesische Fachleute gehen jedoch davon aus, daß die Bevölkerung im Jahre 2000 mehr als 1,3 Mrd. und bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wachstumsrate im Jahre 2030 bereits 1,63 Mrd. umfassen werde (XNA, 17.1.95). Die unterschiedlichen Angaben erklären sich aus der hohen Dunkelziffer nicht-registrierter Geburten. Dennoch sind die Erfolge der Geburtenplanung in China nicht von der Hand zu weisen. Die Familienplanungskommission machte darauf aufmerksam, daß ohne die seit den siebziger Jahren praktizierte strenge Geburtenregelung die Bevölkerung Chinas schon im Jahre 1986 die 1,2-Mrd.-Marke erreicht hätte, daß es

also gelungen sei, diesen Zeitpunkt um neun Jahre hinauszuschieben. Anders ausgedrückt: Vor Einführung der Familienplanungspolitik sei die Bevölkerung in zehn Jahren von 700 auf 900 Millionen angewachsen, sie sei also durchschnittlich in fünf Jahren um 100 Millionen gewachsen. Nach Einführung der strengen Maßnahmen habe die Bevölkerung trotz höherer Ausgangsbasis 13 Jahre gebraucht, um sich von 900 Millionen auf 1,1 Mrd. zu erhöhen, also sechseinhalb Jahre für 100 Millionen, und um von 1,1 auf 1,2 Mrd. anzuwachsen, habe es 7 Jahre gedauert. (GMRB, 19.1.95) -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Das neue Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz: Einheitliche Rechtsgrundlage für das Schiedswesen

Im August letzten Jahres wurde das "Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz der VR China" verabschiedet. Gegenstand ist sowohl das innerchinesische Schiedsverfahren als auch das Schiedsverfahren mit Auslandsberührung. Das Gesetz wird am 1. September 1995 in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt an wird die VR China über eine einheitliche Schiedsverfassung verfügen.

Im Dokumententeil dieses Heftes findet sich eine Einführung in das Gesetz und eine Übersetzung des Gesetzestextes, die am Deutsch-Chinesischen Institut für Wirtschaftsrecht an der Nanjing-Universität angefertigt wurden. -hei-

*(22)

Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und USA: Konflikt um Urheberrechte spitzt sich zu

Im Streit um die Verletzung von Urheberrechten durch chinesische Unternehmen war die letzte Verhandlungsrunde zwischen den USA und China Ende Dezember ohne Ergebnisse abgebrochen worden. Danach war China eine Frist bis zum 4.2.94 eingeräumt worden, um Forderungen nach einem besseren Schutz der amerikanischen Urheberrechte zu erfüllen. Um den US-Forderungen Druck zu verleihen, hatten die USA angedroht, Strafzölle in einer Höhe von 100% für chinesische Aus-

fuhren mit einem Wert von 2,8 Mrd. US\$ zu belegen. (FAZ, 21.1. u. 30.1.95; NZZ, 4.1.95)

Das amerikanische Handelsministerium beziffert den Schaden, der durch die Verletzung der Urheberrechte den US-Unternehmen entsteht, insbesondere durch den Verkauf von Raubkopien von CDs und Software-Programmen, auf rd. 800 Mio. US\$. Zu den amerikanischen Forderungen nach besserem Urheberrecht zählen Maßnahmen gegen die 29 Fabriken, die illegal mehr als 75 Mio. Compact und Laser Discs produzieren sollen. (FAZ, 30.1.95)

Um einen Handelskrieg mit negativen Wirkungen für beide Wirtschaftspartner zu vermeiden, wurde Anfang Februar aus Beijing die Bereitschaft zur erneuten Aufnahme von Gesprächen signalisiert. Wie stets in den vorangegangenen Handelsstreitigkeiten scheint Beijing auch hier bis zur allerletzten Minute zu warten, um durch Kompromisse einzulenken. (IHT, 7.2.95) -schü-

*(23)

"Bei Geschäftsabschlüssen nicht nur auf "guanxi" verlassen"

Aufgrund der Erfahrungen ausländischer Unternehmen mit der mangelnden Zahlungsmoral und Vertragstreue einiger staatseigener Unternehmen warnen Experten davor, sich zu sehr auf die Pflege guter Beziehungen (*guanxi*) zu Regierungsstellen und Verwaltungen zu verlassen. Yungeng Hu und Jeffrey Sweet (Experten in einem Consultingunternehmen für Investitionen in China) fordern die ausländischen Investoren dazu auf, ihre Bewertungsmaßstäbe der veränderten Situation anzupassen. Dazu gehöre die Infragestellung früherer Annahmen wie

- die Beijinger Regierung trete für alle Verbindlichkeiten der staatseigenen Unternehmen ein,
- die Lokalregierungen (einschließlich der lokalen Behörden für die Vermögensverwaltung) verfügten unbeschränkt über die Vermögen der ihnen zugeordneten Unternehmen und wären für deren Aktivitäten verantwortlich und
- der Aufbau von *guanxi* helfe zwangsläufig in schwierigen Zeiten.

Hu und Sweet weisen auf das Beispiel großer Banken hin, die viele tausend Dollar in die Neueinstellung von Perso-

nal - oftmals chinesische Studenten, die in Universitäten in den USA ausgebildet worden waren - investiert hätten, damit diese auf dem chinesischen Festland ein Beziehungsnetz aufbauten. Noch mehr Geld sei in die Hände von hohen chinesischen Beamten und Politikern geflossen, die angeblich über gute Beziehungen verfügt hätten. In der Praxis habe sich oftmals weder das Beziehungsnetz als ausreichende Absicherung erwiesen, noch die Qualifikation der chinesischen Geschäftspartner bei der Abwicklung komplizierter Geschäfte.

Chinesische Partner würden oftmals in einer rechtlich unsicheren Situation, für die der ausländische Partner die Absprache von Regeln und ihre gesetzliche Absicherung wünscht, statt eines geeigneten rechtlichen Rahmens den Verweis auf die guten Beziehungen des Unternehmens vorbringen. Im schlimmsten Falle würden durch *guanxi* gefälschte Dokumente bereitgestellt, eine Praxis, die das westliche Unternehmen im eigenen Land nicht verfolgen würde.

Weiterhin würden oftmals ausländische Banken versuchen, ihr Risiko bei der Kreditvergabe durch Garantien chinesischer Banken oder Regierungsstellen zu reduzieren. Doch selbst solche Garantien seien nicht unbedingt ausreichend, um Verluste zu vermeiden. So würde die Bedeutung der "Garantien" vielfach von der chinesischen Seite nicht verstanden, und wie sollte auch eine lokale Regierungsstelle ohne eigene Einkommen einen Kredit für ein ihm zugeordnetes Unternehmen garantieren können.

Hu und Sweet fordern die ausländischen Investoren auf, vor einem Geschäftsabschluß zumindest folgende Schritte zu unternehmen:

- Analyse der Eigentums- und Kapitalstruktur des chinesischen Partners.
- Sorgfältige Überprüfung der Unternehmensplanung des chinesischen Partners, insbesondere hinsichtlich des geplanten cash-flow.
- Einsatz von qualifiziertem Personal mit Erfahrungen hinsichtlich der vorgeschlagenen wirtschaftlichen Aktivitäten.

Am wichtigsten sei jedoch, die *guanxi* nicht als Aktivposten zu betrachten und sich nicht auf Garantien von Regierungsstellen zur Absicherung von Risiken zu verlassen. (Asian Wall Street Journal, 5.1.95) -schü-

*(24) Auslandsinvestitionen 1994

Für 1994 wird das Gesamtvolumen der realisierten Auslandsinvestitionen mit 33,79 Mrd.US\$ angegeben, ein Anstieg um rd. 30% gegenüber 1993. Die Anzahl der genehmigten Investitionsprojekte wird mit 47.490 gemeldet. Das durchschnittliche Investitionsvolumen erhöhte sich 1994 auf 1,71 Mio. US\$ gegenüber 1,33 Mio. US\$ im Jahre 1993.

Von den rd. 100.000 Auslandsunternehmen, die bereits ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen und Kapital in Höhe von ca. 90 Mrd.US\$ eingesetzt haben, wurden 1994 Exporte im Werte von 87,65 Mrd.US\$ realisiert. Die Zunahme der Exporte dieser Unternehmen gegenüber 1993 betrug 30,7%, und ihr Exportanteil belief sich 1994 auf 37% der Gesamtexporte (1993:34,3%) (AWSJ, 27./ 28.1.95; XNA, 20.1.95)

Nach Angaben der Außenwirtschaftsministerin Wu Yi seien die Auslandsinvestitionen im Jahre 1994 (bezieht sich auf Daten bis November) dadurch gekennzeichnet, daß der höchste Investitionsanteil in kapital- und technologieintensive sowie Infrastrukturprojekte geflossen sei. Durch neue Richtlinien sollen 1995 vor allem Anreize für Auslandsinvestitionen in High-Tech-Industrien und Infrastrukturprojekte gesetzt werden. (XNA, 20.1.95)

Während die Investitionen aus Hongkong und Taiwan 1994 zurückgingen (bis November), erhöhten sich die Kapitalzuflüsse aus Japan, Südkorea, Singapur, Großbritannien und Deutschland. (SCMP, 9.1.94)

Verglichen mit anderen Entwicklungsländern war der Kapitalzufluß in China besonders bemerkenswert. Einer Untersuchung der Weltbank zufolge konnte China im Jahre 1993 einen Anteil von 39% bzw. 26 Mrd.US\$ der gesamten in die Entwicklungsländer geflossenen Direktinvestitionen absorbieren. Für 1994 wird ebenfalls von einer herausragenden Position Chinas ausgegangen. (HB, 24.1.95)

Die Staatliche Planungskommission (SPC) weist trotz der hohen Kapitalzuflüsse dem Auslandskapital lediglich eine bescheidende Rolle innerhalb der Gesamtinvestitionen zu. Die SPC geht von einem geschätzten Anteil der Auslandsinvestitionen an den Gesamtinve-

stitionen von 10% im Jahre 1994 aus. Im Durchschnitt betrug der Anteil der Auslandsinvestitionen seit 1979 rd. 6% jährlich und erreichte 1993 mit 12,3% den Höchstwert. (SCMP, 25.1.95) Gemessen am Exportanteil von 37% im Jahre 1994 und einer Beschäftigung von rd. 12 Mio. Arbeitskräften erscheint die Funktion der Auslandsinvestitionen jedoch von herausragender Bedeutung zu sein.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Auslandsinvestitionen soll der Anteil der Auslandsinvestitionen, der auf die Inlandsregionen entfiel, nach Angaben der SPC inzwischen auf 20% gestiegen sein. (SCMP, 25.1.95) Allerdings liegen hierzu noch keine eindeutigen Zahlen vor, die dies belegen könnten. -schü-

*(25) Sonderzonen für Wirtschaft und Technologie absorbierten hohe Auslandsinvestitionen

Einem Bericht der Abteilung für Sonderzonen beim Staatsrat zufolge konnten die 32 Sonderzonen für Wirtschaft und Technologie (Economic and Technological Development Zones = ETD), die direkt dem Staatsrat unterstellt sind, Auslandsinvestitionen von 7,5 Mrd. US\$ in der Reformperiode absorbieren. Nach der erwarteten Genehmigung neuer ETDs in Inlandsprovinzen in diesem Jahr durch die Zentralregierung wird mit einer weiteren Erhöhung der Investitionen gerechnet.

Unter Einbeziehung der Auslandsinvestitionen in den Sonderzonen für Wirtschaft und Technologie, die von den Provinzen genehmigt und eingerichtet wurden, entfiel ein Anteil von rd. 20% der insgesamt realisierten Investitionen aus dem Ausland auf diese Sonderzonen in der Reformperiode.

Nach Statistiken der Abteilung für Sonderzonen beim Staatsrat werden von den 32 ETDs der Zentralregierung Steuerablieferungen in Höhe von 5,3 Mrd. Yuan für 1994 erwartet. Andererseits seien diesen Zonen lediglich 2,2 Mrd. Yuan an zinsgünstigen Krediten zur Verfügung gestellt worden. (CD, *Business-Weekly*, 8.-14.1.95, S.8)

Wie der Leiter der Abteilung für Sonderzonen beim Staatsrat, Hu Ping, in der *China Daily* ausführt, kann jede Provinzhauptstadt in der Inlandsregion einen Antrag auf Genehmigung einer

ETD durch die Zentralregierung stellen. Voraussetzung sei jedoch, daß diese ETD auch in der Lage sei, attraktiv für Auslandskapital zu sein.

Hu Ping zufolge sei die Einrichtung von ETDs auf Provinzebene oder unterhalb der Provinzebenen in den letzten zwei Jahren stärker kontrolliert worden. Von einer Höchstzahl von 2.700 Sonderzonen seien nach Überprüfung lediglich 586 Zonen beibehalten worden, um die Verschwendung von Kapital und Boden zur Gründung von Sonderzonen zu stoppen. Die verbesserte Überwachung von Landnutzungsrechten, die Kreditverknappung und die neue Steueraufteilung zwischen Zentrale und Lokalregierungen hätten dazu beigetragen, die Fähigkeiten der Lokalregierungen zur Gründung von ETDs einzuschränken. Abschreckend hätten auch die neuen Steuerbestimmungen und die Rücknahme von Steuererleichterungen für die ETDs gewirkt, die ursprünglich für den Ausbau der Zonen genehmigt worden waren.

Ende 1995 werden die Steuerrückerstattungen für ETDs auslaufen, die zuerst gegründet worden waren, und inländische Handelsunternehmen werden auf die günstigeren Importzölle in diesen Zonen verzichten müssen. Für Auslandsunternehmen dagegen bleiben die Steuererleichterungen erhalten. Hierzu zählen eine zweijährige Befreiung von Steuerzahlungen und eine Periode von drei Jahren mit reduzierten Steuersätzen. Gegenüber den inländischen Unternehmen, die eine Steuerbelastung von 33% haben, müßten die Auslandsunternehmen in den offenen Küstenstädten 26,4% zahlen. In den fünf Wirtschaftssonderzonen betrage der Steuersatz für die Unternehmen mit Auslandskapital 15%, und wenn Auslandsunternehmen in den bestehenden ETDs Produktionsunternehmen gründen würden, träfe für sie ebenfalls ein Steuersatz von 15% zu. (*China Daily, Business Weekly*, 8.-14.1.95, S.8) -schü-

Binnenwirtschaft

tiveigenen und Unternehmen mit Auslandskapital, mit 84,8% den Hauptanteil bei. Während der Outputwert der staatseigenen Unternehmen um 5,5% im Jahre 1994 zunahm, realisierten die kollektiveigenen Unternehmen eine Wachstumsrate von 21,4% und die Unternehmen mit Auslandskapital von 27,9%. Die industrielle Wertschöpfung erreichte 1994 landesweit mit 17,5% die dritthöchste Wachstumsrate in der Reformperiode. (SCMP, 13.1.95)

Die Situation der staatseigenen Industrie war auch 1994 durch einen hohen Anteil von Verlustunternehmen, einer erneuten Erhöhung der unverkäuflichen Lagerbestände und einer damit verbundenen Zunahme der Verschuldungsketten zwischen den staatseigenen Unternehmen gekennzeichnet. Angaben der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission (State Economic and Trade Commission = SETC) zufolge soll sich allerdings die Zahl der Verlustbetriebe um 3.238 im Zeitraum März bis November 1994 reduziert haben, so daß damit der prozentuale Anteil solcher Unternehmen von 49,6% auf 41,4% zurückging. (CD, 12.1.95)

Das Statistikamt gibt dagegen an, daß sich der prozentuale Anteil der staatseigenen Verlustunternehmen bis Dezember sogar auf 34,3% reduziert haben soll. Diese Angabe scheint jedoch im Widerspruch zu den SETC-Daten zu stehen, die bis November von einer Anzahl von 41,4% Verlustunternehmen ausgehen. Die Gesamtverluste werden für 1994 vom Statistikamt mit 33,6 Mrd. Yuan angegeben, ein Anstieg um 7,8% gegenüber 1993. (SCMP, 26.1.95; XNA, 26.1.94)

Den Rückgang der Anzahl der Verlustunternehmen führt die SETC vor allem auf die Verbesserung in den Unternehmen im Eigentum lokaler Regierungseinheiten (Reduzierung um 8,4% auf 40,7%) gegenüber den Unternehmen der Zentralregierung zurück. (CD, 12.1.95) Allerdings hätten auch die letztgenannten die Anzahl ihrer Verlustbetriebe um 5,9% auf 59,8% bis November 1994 verringern können (SCMP, 13.1.95)

Die hohen Lagerbestände beliefen sich nach SETC-Angaben bis Ende Oktober 1994 auf rd. 500 Mrd. Yuan (58,8 Mrd. US\$). Der prozentuale Anteil der verkauften Produkte zwischen Januar bis Oktober 1994 soll lediglich 94,14% betragen haben, während ein Anteil von 97-98% als normal betrachtet wird. Für

1995 hat die SETC das Ziel für die staatseigenen Unternehmen gesetzt, eine über 95% liegende Quote zu erreichen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren führten Probleme beim Verkauf von Produkten der staatseigenen Unternehmen dazu, daß ausstehende Zahlungen an Rohstofflieferanten nicht realisiert werden konnten, so daß bei diesen Unternehmen wiederum das Umlaufkapital knapp wurde und sie ihre eigenen Schuldner nicht bezahlen konnten. Hierdurch bildeten sich erneut Verschuldungsketten zwischen den Unternehmen. Das Staatliche Statistikamt meldete, daß bis September 1994 die Außenstände der Unternehmen eine Höhe von 611 Mrd. Yuan (72 Mrd. US\$) erreicht hatten. Ebenfalls bis September hatten die Unternehmen kurzfristige Kredite in Höhe von 90,5 Mrd. Yuan (10,6 Mrd. US\$) und damit 28 Mrd. Yuan mehr als in der Vorjahresperiode erhalten.

Ein großer Teil dieser Kredite wurde nach Einschätzung der *China Daily* zur Produktion von unverkäuflichen Gütern genutzt. (CD, 5.1.95) Obwohl sich die Unternehmen inzwischen an der Marktnachfrage orientierten müßten, wären eine Reihe von Unternehmen hierzu nicht bereit bzw. andere nicht in der Lage, die Marktinformationen sinnvoll für sich zu nutzen. Die SETC habe bereits im März mit Maßnahmen gegen die Zunahme der Lagerbestände der staatseigenen Unternehmen begonnen. So waren die Lokalregierungen aufgefordert worden, Informationen von den Unternehmen über solche Produkte anzufordern, die schwer verkäuflich waren, und die Banken verknappten die Kredite für bestimmte Unternehmen.

Solange die staatseigenen Unternehmen nicht reif dazu seien, ihre Produktion selbständig den Marktveränderungen anzupassen, so die *China Daily*, müßte die Regierung Leitlinien vorgeben. Einige Provinzen wie beispielsweise Liaoning und Jiangxi wären bereits erfolgreich bei der Beschränkung von unverkäuflichen Produkten, indem sie vierteljährlich entsprechende Listen angefordert hatten. Die Unternehmen hätten die Produktion unverkäuflicher Produkte einstellen müssen, da die Banken ihnen keine Kredite mehr zur Verfügung gestellt und die Rohstoff- und Energieunternehmen ihre Lieferungen eingestellt hätten. (CD, 5.1.95) -schü-

*(26)

**Staatsunternehmen 1994:
Weiter in der Krise**

Zum Wachstum des Gesamtoutputs der Industrie trugen die nicht-staatlichen Unternehmen, also die privaten, kollek-